Meiendorf

Meiendorf

SPD

1/2021

In eigener Sache:
Der Distrikt Meiendorf hat am 03.09.2020 einen neuen Vorstand gewählt. Alle Vorstandsmitglieder sind natürlich stets für Sie ansprechbar. Sie erreichen sie telefonisch über die Geschäftsstelle 040 689 44 50 oder per Mail: **meiendorf@spd-hamburg.de**

Vorsitzender:
Jürgen Kanehl

Stellvertretende Vorsitzende:
Annemie Schneeberger

Stellvertretender Vorsitzender:
Theo Karczewski

Kassiererin:
Monika Ulrich

Beisitzer/innen:
Inge Benthin

Oliver Böhm

Dana Braunsdorf

Tina Heck

Andrea Hein

Erich Lausmann

Marlies Riebe

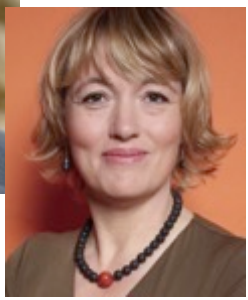
Elmar Schleif

Jürgen Seifert

Kai Tiedgen

Sascha Voigt

In den nächsten Ausgaben werden wir Ihnen unsere Vorstandsmitglieder ausführlicher vorstellen, damit Sie wissen, wo die jeweiligen Schwerpunkte liegen und wer in welchem politischen Gremien für Sie arbeitet.



Dressel und Hennies laden ein!

Unsere Bürgerschaftsabgeordnete Astrid Hennies aus Meiendorf veranstaltet als Mitglied des Haushaltsausschusses mit unserem Finanzsenator Dr. Andreas Dressel eine Zoom-Video-Veranstaltung zum Thema **„Wie hilft die Stadt den Menschen und Unternehmen unter Corona?"**. Sie sind herzlich eingeladen Ihre Fragen zu stellen und Ihre Sorgen und Anregungen zu äußern.

Termin: **Montag, 15.02.2021, ab 17.30 Uhr**.

Anmeldung erforderlich unter

buergerbuero@astrid-hennies.de

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen im schönen Meiendorf

Wir hoffen, dass Sie alle gut und vor allem gesund ins neue Jahr gestartet sind und trotz der erneuten Corona-bedingten Einschränkungen die Feiertage genießen konnten.

Die Corona-Pandemie hat das vergangene Jahr dominiert wie kein anderes Ereignis – und auch in den kommenden Monaten wird sie das bestimmende Thema nicht nur hier bei uns in Hamburg sein.

Die Menschen unserer Stadt haben seit Beginn der Pandemie viel Gemeinsinn, Solidarität und Disziplin bewiesen.
Jetzt gilt es weiter durchzuhalten und auch die erneuten strengeren Einschränkungen mitzutragen.

Wir alle warten sehnsüchtig darauf, dass es bald wieder möglich sein wird, dass wir uns persönlich treffen können.

Für viele geplante Maßnahmen ist es wünschenswert, dass Sie, liebe Mitbürger*innen sich direkt in Bürgerbeteiligungen einbringen können.

Das trifft besonders auf den geplanten Abriss, den Umbau und die Neugestaltung der SAGA-Wohnanlagen am Nordlandweg zu.

Da die Bürgerbeteiligung eingeschränkt ist, hat unsere Bezirksabgeordnete Marlies Riebe den Sachstand in diesem Heft ausführlich dargestellt und erläutert.

Wenn Sie auch hierzu Fragen, Anregungen oder Hinweise haben, so können Sie gern zu uns Kontakt aufnehmen. Die Email-Adresse und eine Telefonnummer finden Sie im Impressum.

Wir werden uns bemühen, die Fragen zu klären und entsprechende Hinweise an die politischen Entscheidungsträger weiter zu geben.

Wir hoffen, dass die Informationen in diesem kleinen Heftchen aufschlussreich und interessant für Sie sind.

Bleiben Sie zuversichtlich und gesund!

Herzlichst
für Ihre Meiendorfer SPD
Ihr
Jürgen Kanehl
-Vorsitzender-

SAGA-Wohnanlagen am Nordlandweg:

Abriss, Umbau und Neu-gestaltung für modernes senioren- und familien-gerechtes Wohnen

Neben dem begonnenen Neubau des Nahversorgungszentrums am Spitzbergenweg ist z.Zt. für Meiendorf ein weiteres großes Bauvorhaben in Vorbereitung: Die SAGA plant, Ihre Wohnanlagen am Nordlandweg in Meiendorf in den kommenden Jahren komplett zu ersetzen. Die Fläche zwischen Nordlandweg und Lapplandring ist derzeit mit neun zweigeschossigen Mehrfamilienhäusern und einer Reihenhausreihe aus den Jahren 1967 bzw. 1970 bebaut. Auf der Fläche südlich des Nordlandweges und südlich der Zellerstraße besteht derzeit eine ein- bis viergeschossige Servicewohnanlage aus den 60er Jahren für Seniorinnen und Senioren.

Beide Anlagen sind in die Jahre gekommen. Die Wohnungen entsprechen nicht den heute geltenden Energiestandards, sind häufig nicht barrierefrei und auch der Zuschnitt und die Größe der Wohnungen können nach heutigen Mieterwünschen als veraltet gelten. Eine Sanierung würde umfangreiche Baumaßnahmen mit sich bringen und wäre wirtschaftlich nicht rentabel.

Abriss und Neubau sollen bei beiden Anlagen Zug um Zug erfolgen. Die Bauvorhaben werden auf bereits versiegelten Flächen wie Parkplätzen beginnen. In die dort entstandenen Wohnungen können die bisherigen Mieterinnen und Mieter einziehen, während ihre Wohnungen neu gebaut werden. Nach Abschluss der Arbeiten steht dann, wenn gewünscht, einem erneuten Umzug in eine schönere und neue Wohnung am alten Standort nichts mehr im Wege.

Das Servicewohnen möchte die SAGA in Meiendorf erhalten. Die Seniorenwohnungen sollen alle öffentlich gefördert bleiben. An der Zellerstraße soll es künftig vier Blöcke mit nach Süden ausgerichteten Innenhöfen geben. Aufgrund des barrierefreien Ausbaus und der größeren Wohnungsgrundrisse wird sich die Anzahl der Wohneinheiten von bisher 491 im Bestand auf zukünftig ca. 310 Wohneinheiten reduzieren. In der Zellerstraße werden zudem vier familiengerechte Mehrfamilienhäuser mit ca. 100 bis 135 Wohneinheiten entstehen. Es sollen dort etwa 130 Pkw-Stellplätze in Tiefgaragen entstehen.

Die SAGA begleitet den geplanten Neubau jetzt und über den gesamten Zeitraum des Bauvorhabens auch in allen sozialen Fragen. Alle Bewohner wurden

frühzeitig von der bevorstehenden Veränderung in Kenntnis gesetzt. Für Fragen der Bewohner*innen beider Wohnanlagen gibt es eine Hotline der SAGA.

Gespräche mit dem Hausbeirat der Anlage in der Zellerstraße und dem Bezirksseniorenbeirat haben bereits stattgefunden, um anstehende Frage und Probleme frühzeitig zu klären und Sorgen und Ängste zu entschärfen.

Für alle Bewohner soll unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und ihrer Leistungsfähigkeit angemessene Wohnungen angeboten werden. Neben den Wohnungen im Quartier Meiendorf bzw. in der neu zu errichtenden Servicewohnanlage Zellerstraße/Nordlandweg stehen auch Wohnungen aus dem gesamten Angebotsspektrum der SAGA in Hamburg zur Verfügung, sofern z.B. der Wunsch besteht, näher an Freunde oder Verwandte heranzuziehen. Selbstverständlich werden die Umzugskosten von der SAGA übernommen, ebenso Beratungsleistungen rund um den Umzug.

Zwischen Nordlandweg und Lapplandring plant die SAGA den Bau von sieben Mehrfamilienhäusern und sechs Reihenhäuserzeilen mit drei bis vier Geschossen. Statt der derzeit bestehenden 96 Wohneinheiten werden durch den Neubau rund 210 neue Wohneinheiten (Reihen- und Mehrfamilienhäuser) mit etwa 144 PKW-Tiefgaragen-Stellplätzen entstehen.

Die Rot-Grüne Koalition begrüßt diese Planungen ausdrücklich. Mit diesen Bauvorhaben wird der alte Wohnungsbaubestand der SAGA am Nordlandweg modernisiert, aufgewertet und behutsam nachverdichtet. Wir setzen uns besonders dafür ein, dass auf die Belange der im Plangebiet wohnenden Seniorinnen und Senioren Rücksicht genommen wird und der neue Wohnraum möglichst klimaverträglich entstehen kann.

Der Planungsausschuss und die Bezirksversammlung haben der Einleitung dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren zugestimmt.

Für die Öffentlichkeitsbeteiligung ist vorgesehen, dass das Fachamt und die SAGA an 2-3 Tagen vor Ort abstandswahrend, mit Glas-Trennscheibe, Mund-Nasen-Schutz, usw. Einzelgespräche mit Multiplikator*innen z.B. aus dem Hausbeirat anzubieten. Die Multiplikator*innen können Fragen aus der Einrichtung sammeln und die Antworten ihrerseits wieder hausintern weitergeben. Parallel wird ergänzend eine Online-Beteiligung möglich sein.

Bei Verbesserung der Pandemiesituation ist nochmals eine Anhörung, Info-Veranstaltung o.ä. vorgesehen.

Marlies Riebe

marlies.riebe@
spdfraktion-wandsbek.de

Ehrenamtliches Engagement – Die Tafel in Meiendorf

Viele Mitbürger*innen sind auch im reichen Deutschland auf die Versorgung mit kostenlosen Lebensmitteln angewiesen. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Arbeitslosigkeit, niedrige Hartz4-/Grundsicherungsbeträge, kleine Renten, zu geringe Einkommen trotz Arbeit usw. Hier hilft die Tafel mit Lebensmitteln und manch anderen Gegenständen des täglichen Gebrauchs.

In Meiendorf organisiert Diakon Sauerteig mit 16 bis 20 ehrenamtlichen Helfer*innen in der Ev.-Luth. Rogate Kirche die Lebensmittel und Warenausgabe. Diese kommen aus dem ganzen Großraum Hamburg. Mittels vorhandener Gefriergeräte, die die Tafel aus Tronc-Mitteln der Stadt Hamburg beschaffen konnte, ist die Tafel auch in der Lage, große Mengen von Spenden abzunehmen und diese hygienegerecht in kleinen Portionen einzufrieren, um sie später in kleinen Portionen an Bedürftige weiter zu geben. Die Ausgabe findet jeden Dienstag ab 15:000 Uhr statt. Die Helfer*innen achten darauf, dass die Ausgabe gerecht erfolgt. So ist sichergestellt, dass jede/r gleich bedacht werden kann.

Vorher findet in der Zeit von 09:00 bis 13:00 Uhr eine soziale Beratung statt, die ebenfalls für alle kostenfrei ist.

Die Arbeit beginnt für die Helfer*innen schon am Montag und am Dienstag Vormittag, und das jede Woche, 52 mal im Jahr. Für dieses hohe ehrenamtliche Engagement möchten wir uns bei allen Helfer*innen ganz herzlich bedanken.

Jürgen Kanehl

Freizeit-Fußballturnier

Der FC Stidili hätte 2020 gern wieder traditionell bei der SPD Meiendorf das Freizeit-Fußballturnier gewonnen. Aber leider hat auch hier das Corona-Virus einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der nächste Gewinn dieses beliebten Turniers muss nun erst mal warten.

Marius Rasmussen, der Teamführer des FC Stidili bedauerte das sehr. Dennoch hatte er auch im Sommer keine Langeweile, denn er war als Pflegekraft im Krankenhaus gut eingespannt.

Auch die anderen zahlreichen Mannschaften, die in der Vergangenheit teilgenommen hatten, wären gern wieder zu dem beliebten Turnier angetreten. Aber „Abstand halten" machte es unmöglich, damit das Virus nicht zum heimlichen Sieger wurde.

Nun hoffen wir das Turnier, wie traditionell, am letzten Sonntag vor den Sommerferien wieder durchführen zu können.

Theo Karczewski

Feuer im Flüchtlingslager Moria: „Katastrophe mit Ansage"

Mytilini – Ein Ruck ging durch Europa, als am Morgen des 9. September 2020 die Meldung vom Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos bekannt wurde. Das Thema war tagelang in den Medien präsent. Geschätzte 13.000 Flüchtlinge hatten bei dem verheerenden Feuer ihre letzte Habe verloren und saßen nun auf der Straße. Das Ereignis kam dennoch nicht plötzlich und unerwartet. „Eine Katastrophe mit Ansage: Zu groß war die Not und das Elend der Gestrandeten, die einheimische Bevölkerung restlos überfordert", berichtet Martin Schneeberger, der seit Januar letzten Jahres vor Ort in der Flüchtlingshilfe aktiv ist. Zu Spitzenzeiten waren über 20.0000 Flüchtlinge auf Lesbos untergebracht. Ob Flüchtlinge oder Einheimische Moria angezündet hatten, blieb unbekannt - die Brandursache wurde nie geklärt.

Die Lebensbedingungen in dem ursprünglich für maximal 3.000 Menschen errichteten Lager seien menschenunwürdig gewesen, sagt Schneeberger. So gab es etwa eine Toilette für 160 Menschen und eine Waschgelegenheit für 250 Menschen. Ähnliche Zustände herrschten auch in den Lagern auf Samos und Chios. Die Bilder aus Moria waren die Zuspitzung einer Entwicklung, die 2015 begonnen hatte.

Seither wurde vieles versucht, um den Flüchtlingsstrom nach Europa einzugrenzen.

Um die stark angestiegene Migration, insbesondere aus Syrien und Afghanistan, zu kontrollieren, trafen die EU und die Türkei 2016 ein Abkommen „zur Beendigung des menschlichen Leids und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung". Neue „irreguläre Migranten", die ab dem 20. März 2016 auf den griechischen Inseln ankommen und kein Asyl beantragen oder deren Antrag abgelehnt wird, sollten demnach auf Kosten der EU in die Türkei zurückgebracht werden. Für jeden Syrer, der von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgebracht wird, soll ein anderer syrischer Flüchtling aus der Türkei in die EU umgesiedelt werden. Wegen Überforderung der griechischen Behörden gelang dies nur unzureichend. Bis März 2020 wurden nur circa 1.500 Migranten in die Türkei zurückgebracht, während die EU etwa 7.000 asylberechtige Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen hat. Der sogenannte „Türkei-Deal" gilt mittlerweile als gescheitert.

Mehrfach forderten die Flüchtlinge auf Lesbos, auf das griechische Festland gebracht zu werden. Dies unterstützten auch humanitäre Hilfsorganisationen. Athen verwies jedoch auf das Abkommen der EU mit der Türkei.

Demnach blieben alle Migranten auf der Insel und warteten auf den Abschluss ihrer Asylverfahren. Nur wer kein Asyl bekam, musste zurück in die Türkei. Nach Ausbruch der Corona-Pandemie nahm die Türkei überhaupt keine abgelehnten Asylbewerber mehr zurück. „Eine Lösung kann nur in Zusammenarbeit mit den EU-Staaten zustande kommen", betont Schneeberger. Hier mangele es nicht nur an humanitärer Hilfsbereitschaft, sondern auch am politischen Willen. Eine gezielte „Politik der Abschreckung" sei jedenfalls keine Lösung, unterstreicht er.

Der Brand in Moria habe die Situation der Migranten nochmals verschärft, beklagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, die sich im September dieses Jahres in Lesbos selbst einen persönlichen Eindruck von der Situation verschaffte. Inzwischen seien rund 7.000 Flüchtlinge im eiligst mit Unterstützung des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) errichteten neuen Zeltlager Kara Tepe untergebracht worden. Tausende lebten auf der Straße. Einige tausend Menschen habe die griechische Regierung auf das Festland gebracht. Die Stimmung in dem mit Stacheldraht umzäunten Camp beschreibt Mattheis als „aufgeladen, die Menschen kaserniert, nicht betreut und unter

stützt". Verschärfend hinzu komme eine rasant anwachsende Zahl an COVID-19-Infizierten. Hilfsorganisationen und Besuchern sei der Zutritt verwehrt, so Mattheis.

Im Oktober fegte ein Sturm mit starken Regenfällen über die Insel hinweg und blies etliche Zelte um wie Kartenhäuser. „Ärzte ohne Grenzen" berichtete von 80 vollkommen überfluteten und zerstörten Zelten. „Wie die Menschen in den Behausungen ohne Fußboden, Strom und Heizung den Winter überstehen sollen ist völlig unklar", gibt Schneeberger zu bedenken.

Gefordert ist jetzt eine schnelle pragmatische Hilfe, auf europäischer Ebene ein gerechtes Asylsystem und die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern. In Deutschland und vielen europäischen Staaten haben zahlreiche Städte und Gemeinden sich bereit erklärt, Schutzsuchende aufzunehmen. Das scheitert bislang an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), der insgesamt nur 1.553 Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen will. Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) signalisierte mehrfach, Hamburg könne bis zu 500 Menschen unterbringen. Insgesamt hat Deutschland seit April letzten Jahres 1.291 Flüchtlinge aus Griechenland aufgenommen.

Annemie Schneeberger (Martin Schneeberger ist mein Bruder)

Wir kümmern uns um Ihre Gesundheit!

Greifenberg
INH. CHRISTINA GLOYER

Greifenberger Str. 57b
22147 Hamburg
Telefon: (040) 609 025 30
Telefax: (040) 609 025 35
info@greifenberg-apotheke.de
www.greifenberg-apotheke.de

NORDLAND APOTHEKE

Grönlander Damm 1
22145 Hamburg
Telefon: (040) 678 65 77
Telefax: (040) 679 411 52
nordland.apo@t-online.de
www.nordland-apotheke-hamburg.de

Gerne beraten wir Sie in allen Gesundheitsfragen. Was immer Sie benötigen, beschaffen wir kurzfristig.
Wir passen Ihnen -ebenfalls nach Absprache- Kompressionsstrümpfe an und beraten Sie eingehend dazu.
Oder kommen Sie einfach vorbei. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

SCHÖNE
Versicherungsmakler GmbH

Ihr Partner in allen Versicherungsfragen

u.a. Haftpflicht, Tierhalterhaftpflicht, Hausrat, Wohngebäude, Glas, Rechtschutz, Unfall, Berufsunfähigkeit, Kindervorsorge, Risiko-Leben, Private Kranken, Gesetzliche Kranken, Auslandsreisekranken, Zahnzusatz, Pflege, Riester-, Rürup-, Private Renten und im Rahmen der Rundumbetreuung auch Kfz

Sprechen Sie uns an!
Wir helfen Ihnen gern weiter!

Islandstraße 30, 22145 Hamburg; Telefon: 679 27 04, Fax: 678 12 27
kontakt@schoene-versicherung.de, www.schoene-versicherung.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag von 9:00 - 13:00 Uhr

Ist mit den bisherigen Corona-Hilfen tatsächlich geholfen?

Ein kritischer Blick aus der Sicht eines Selbständigen

Seit dem Frühjahr 2020 gibt der Staat Hilfen für Unternehmen aus, die wegen der Allgemein-verfügungen ihr Unternehmen schließen oder wegen sonstiger pandemiebedingter Einflüsse Umsatzeinbrüche erfahren mussten.

Ein Corona-Schutzschirm wurde aufgespannt und mit der „Bazooka" sollten die Hilfen „schnell, solidarisch und unbürokratisch" zur Auszahlung kommen.

Was sich zunächst gut anhörte wurde leider in der Umsetzung etwas anders. Es wurden zunächst lediglich Zuschüsse für unternehmensbezogene Fixkosten und auch nur für Unternehmen bereitgestellt, die im Mittel zweier Monate weniger als 60% Umsatz erzielt haben. Die Kosten der privaten Lebensführung für Kleinstunternehmer wurden hingegen vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMWI) nicht berücksichtigt.

In Hamburg hat der Senat im Frühjahr parallel zum ersten Corona-Schirm daher zusätzlich bis zu € 2.500,- Zuschuss für alle Unternehmer und Solo-Selbständigen bereitgestellt, um auch diesen Personenkreis zu unterstützen, die keine betrieb-lichen Kosten geltend machen konnten. Die Auszahlungen über die Landesbanken zogen sich allerdings bis in den Juli hinein. Ohne Überbrückungskredit hätte fast keiner überleben können.

Parallel dazu wurde vom BMWI ein Topf für Unternehmensberatung für Unternehmen in Corona-bedingten Schwierigkeiten geschaffen, so dass 100% der Beratungskosten übernommen werden konnten.

Allerdings war das Programm so knapp mit Mitteln bedacht worden, dass bereits nach knapp zwei Wochen die Mittel aufgezehrt waren. Dringend benötigte Beratungshilfe zur Vermeidung einer Insolvenz und den Aufbau eines effektiven Controllings waren daher nur für wenige und vor allem nur für die schnellsten Antragsteller verfügbar. Immerhin gibt es weiterhin hälftige Beratungszuschüsse für kleine & mittelständische Unternehmen (KMU) in Höhe von max. € 1.500,- z.B. für den Aufbau einer Digitalstrategie oder eines Online-Shops. Die Frage bleibt aber, wer die anderen 50% neben den erforderlichen Investitionen in der aktuellen Situation bezahlen soll.

Im Herbst gab es dann ein neues Programm, welches diesmal aber nur über die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer beantragt werden konnte. Auch hier war nicht an die Unternehmen gedacht, die aufgrund ihrer Größe u.ä, keinen Steuerberater haben und ihre Buchführung selbst machen.

Hätten diese Unternehmer nun einen Steuerberater beauftragt, wäre von der Corona-Hilfe nahezu nichts mehr übrig geblieben, da jeder Steuerberater zwischen € 1.000,- und € 2.000,- für die Neuaufnahme von Mandanten als Honorar berechnet. In dieser Höhe liegen aber auch die monatlichen Lebenshaltungskosten vieler Künstler, Schauspieler und Coaches. Arbeitslosengeld (ALG)-1 oder im schlimmsten Fall ALG-2 („Hartz 4") hieß somit für diese oftmals die tatsächliche Hilfe. Der übliche ALG-2-Regelsatz liegt derzeit bei € 446,-, zzgl. evtl. weiterer Hilfen.

Nun, nachdem erneuten „Lockdown-Light" und den im Anschluss daran verschärften Einschränkungen, wurden vom Bund November- und Dezemberhilfen angekündigt.

Unser Finanzsenator, Andreas Dressel, gab am 4. Januar 2021 folgende Zahlen bekannt:

> Insgesamt wurden 9.085 Anträge auf Novemberhilfe im Volumen von 175,9 Mio. € gestellt
> bei 8.370 Anträgen sind erst 40,6 Mio. € als Abschlag geflossen
> Für die Dezemberhilfe sind 1.893 Anträge gestellt worden
> Das Bundeswirtschaftsministerium hat aber dafür den Ländern noch keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Wir haben ja erst Januar! Die Frage ist, ob wirklich alle Unternehmen ihre Gläubiger zu einer Stundung der Verbindlichkeiten überreden können, bis tatsächlich die Hilfsgelder ausgezahlt werden. Das BMWI hat nun allerdings mitgeteilt, dass die Software-Probleme jetzt behoben seien und die Gelder nunmehr ausgezahlt werden können.

Parallel dazu wird vom Bund immer darauf verwiesen, dass der Zugang zu Krediten der bundeseigenen Bundesanstalt für Wiederaufbau (KfW) leichter möglich wäre, da der Bund das Kreditausfallrisiko für die Banken reduziert habe. Die Kredite könnten also problemlos über die Hausbanken beantragt werden.

Das Problem ist jedoch, dass die Banken an dieser Art von Krediten nahezu nichts verdienen können und daher kein großes Interesse an Kunden haben, die nur einen solchen Kredit in Anspruch nehmen wollen. Daher werden solche Kunden von den Filialbanken nur ungern angenommen und die Bonität auch bankenüblich weiterhin geprüft.

Im schlimmsten Fall droht bei mangelnder Bonität ein „Banken-Hopping" mit der Gefahr, zusätzlich noch den Schufa-Score zu verschlechtern. Eine unbürokratische und leichte Kreditvergabe sieht sicher anders aus.

Festzuhalten ist, das CDU-geführte Bundeswirtschaftsministerium hat seine Hilfsprogramme größtenteils nur für die großen Firmen leicht zugänglich gemacht.

Oliver Böhm

Liebe Meiendorferin,
lieber Meiendorfer,

ich wünsche Ihnen ein gesundes und hoffnungsvolles Jahr 2021. Wir leben in Zeiten einer Pandemie, dies verlangt uns allen viel Durchhaltevermögen ab. Unbestritten ist die Corona-Krise eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Und sie hat viele Menschen in große Not gebracht.

Im Deutschen Bundestag arbeiten wir seit Monaten daran, an vorderster Stelle die Gesundheit aller zu schützen. In den letzten Monaten haben wir viele Gesetze und unzählige Maßnahmen erlassen, um trotz der wichtigen Einschränkungen Existenzen zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten, den Ländern bei Bildungsmaßnahmen Mittel zur Verfügung zu stellen oder auch Kulturschaffenden das Überleben zu ermöglichen. Es geht darum, die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wirtschaft zu begrenzen und Menschen so gut es geht vor sozialen Notlagen zu bewahren.

In nur wenigen Wochen haben wir Milliarden an Hilfen mobilisiert für Gesundheitsämter, Kliniken und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, für die Beschaffung von Schutzausrüstung und die Entwicklung eines Impfstoffs, für den Erhalt von Millionen Arbeitsplätzen mit dem so wichtigen Kurzarbeitergeld, für die Stabilisierung von Unternehmen, für Kultur und soziale Einrichtungen, für den Schutz von Ausbildungsplätzen, für Familien, für Schülerinnen, Schüler und Studierende. Ein beispielloses Konjunkturprogramm, um Bür-

gerinnen und Bürger zu entlasten und die Binnennachfrage zu stärken, wurde aufgelegt. Trotz aller Probleme können wir festhalten: Es ist uns in dieser Ausnahmesituation gelungen, unser Land vor Massenarbeitslosigkeit zu bewahren. Und Dank unseres gut ausgestatteten Gesundheitssystems und vieler engagierter Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte konnten wir die medizinische Versorgung – im Gegensatz zu vielen anderen Staaten – aufrechterhalten und für alle Patientinnen und Patienten die bestmögliche Behandlung gewährleisten.

Die Impfungen geben uns eine gewisse Hoffnung, diese Pandemie auch eines Tages wieder hinter uns lassen zu können. Dafür muss aber natürlich auch gewährleistet sein, dass nicht nur bei uns, sondern, dass europaweit und weltweit geimpft werden kann. Eine allein nationale Impfstrategie bringt uns im schlimmsten Fall immer wieder an den Ausgangspunkt zurück. Ein Zustand, in dem zu Beginn dieses Jahres die Impfungen in vielen europäischen Ländern stattfinden, aber beispielsweise auf dem Balkan noch kein Impfstoff angekommen ist, kann uns natürlich noch lange nicht zufriedenstellen.

Neben der Pandemiebekämpfung, haben wir uns für weitere wichtige Themen eingesetzt, die nun in 2021 erfolgreich umgesetzt werden können.

Am 1. Januar sind viele Maßnahmen in Kraft getreten, wie z.B. der **Wegfall des Solidaritätszuschlags** für rund 90 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuerzahlerinnen und -zahler. Auch wenn unser Koalitionspartner CDU/CSU sich lange dagegen gestemmt hat und die höheren Einkommensgruppen entlasten wollte. Diese steuerliche Entlastung hilft – gerade in diesen schwierigen Zeiten – den meisten sehr.

Das gilt auch für die **Erhöhung des Kindergeldes** um 15 Euro pro Kind und Monat auf nunmehr 219 Euro und die entsprechende Erhöhung des Kinderfreibetrags. Den **steuerlichen Entlastungsbetrag von alleinerziehenden Müttern oder Vätern** haben wir verdoppelt auf 4.008 Euro und im Jahressteuergesetz auch festgelegt, dass das dauerhaft so bleibt. Insgesamt steigt der **steuerliche Grundfreibetrag** um 336 Euro auf 9744 Euro. Für 2022 ist eine weitere Erhöhung um 240 Euro geplant.

Ein sehr wichtiges sozialdemokratisches Projekt ist auch das

Inkraftreten der **Grundrente** von der etwa 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner profitieren werden. Das waren harte Verhandlungen, die geführt wurden, am Ende wurde das Gesetz verabschiedet. Es geht um den Respekt für diejenigen, die über 33 Jahre für einen geringen Lohn gearbeitet haben und am Ende dann auch eine Rente erhalten sollen, die sich unterscheidet von einer Rente ohne Arbeit. Das ist nun gelungen. Und auch wenn die Bürokratie noch ein wenig braucht, diese Renten auszuzahlen, sie gelten ab dem 1. Januar und werden rückwirkend berücksichtigt.

Gleichzeitig steigt der **Mindestlohn** in kleinen Schritten, für die ich mir noch eine deutlichere Erhöhung vorstellen konnte. Die Einführung war ein sehr wichtiger und außerordentlich schwieriger Schritt, nun müssen wir uns auf eine angemessene Höhe einigen. Daneben gibt es verschiedene Stufen bei der Erhöhung der **Grundsicherung** und auch eine Erhöhung des **Behindertenpauschbetrags.**

Die wichtigste Botschaft in der Klimapolitik ist natürlich, dass wir den **Ausstieg aus der Kohleverstromung** nun gestalten. Als Wandsbeker Abgeordnete freue ich mich in diesem Zusammenhang auch sehr, dass es gelungen ist, für die klimagerechte Sanierung des Eichtalparks Bundesmittel zu erhalten.

Schwierig gestalten sich weiterhin die Einsetzung eines **Lobbyregisters**, das die Arbeit von Regierung und Parlament transparenter machen soll sowie die Einführung eines L**ieferkettengesetzes**, bei dem Unternehmerin-

nen und Unternehmer für die Einhaltung von Menschenrechten bei der Produktion ihrer Waren mehr Verantwortung übernehmen. Als Mitglied des Menschenrechtsauschusses stimmt mich zuversichtlich, dass zahlreiche große Unternehmen hier vorangehen und uns unterstützen. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Waren, die wir hier in Deutschland kaufen, nicht von Kindern oder unter menschenunwürdigen Bedingungen erarbeitet werden mussten. Hier bleiben wir dran!

Als Sprecherin der Hamburger SPD-Landesgruppe arbeite ich natürlich auch mit unserem Ersten Bürgermeister und Hamburger Senat zusammen. So konnten wir in dieser Legislaturperiode z.B. die **Bundesförderung für den HVV** ermöglichen, etliche **Denkmäler** und **Sportplätze** für die soziale Infrastruktur vor Ort sanieren, den zeitgemäßen Ausbau des Hauptbahnhofes anschieben oder mit dem Ersatz der Köhlbrandbrücke unseren Wirtschaftsstandort zukunftsfest machen. Auch die Anhebung des Kurzarbeitergeldes, um die Arbeitsplätze in unserer Stadt krisenfest zu machen, war mir wichtig.

Zudem freue ich mich, dass ich auch eine Förderung zur denkmalgerechten Wiederherstellung des Bramfelder Försterhauses erreichen konnte, das mit dem danebenliegenden Bramfelder Kulturladen „BRAKULA“ künftig die Bramfelder Kulturinsel bilden wird.

Als Ihre Bundestagsabgeordnete freue ich mich, auch weiterhin Ihre Ansprechpartnerin bei Fragen, Problemen und Anliegen zu sein - digital, per Mail oder gerne auch telefonisch.

Ihre Aydan Özoğuz, MdB

Profilfoto Aydan Özoguz: DTB / Stella von Saldern | Reichstagsfoto: stock.adobe.com / Mummert-und-bold

Bleiben wir im Gespräch:

Aydan Özoğuz

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Wahlkreisabgeordnete für Hamburg-Wandsbek

Bürgerbüro Wandsbek:
Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Tel.: 040 - 526 05 763
aydan.oezoguz.wk@bundestag.de

www.oezoguz.de | Facebook: aydanoezoguz
Twitter: @oezoguz | Instagram: aydanoezoguz

Stadtteilkultur in Zeiten von Corona

Die Eingangstür, die in den letzten 11 Monaten leider viel zu oft geschlossen sein musste.

Seit fast 50 Jahren besteht der Bürgerhaus in Meiendorf e.V., der Träger des Kulturzentrums BiM.

Vor vier Jahren übernahmen die Kulturwissenschaftlerinnen Johanna Wippermann und Martina Quast die Leitung. Wie sieht die Arbeit hinter den Kulissen eigentlich aus, welche Auswirkungen hat Corona und welche Ziele sind gesteckt?

Die Corona-Pandemie lähmt nun schon seit fast einem Jahr das kulturelle Leben. Wie sieht Ihre Arbeit derzeit aus?

Die Arbeit hat sich verändert. Statt des persönlichen Kontaktes mit Kursteilnehmenden und Besucher*innen läuft jetzt vieles digital über Videokonferenzen und wir arbeiten viel im Homeoffice. Wir vermissen die Begegnungen ganz besonders. Im Sommer konnten wir einige Veranstaltungen auf der Wiese durchführen und die haben Besucher*innen, Künstler*innen, unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen und uns so erfreut! Und auch jetzt arbeiten wir am Programm weiter. Ende letzten Jahres haben wir mit einem Podcast und einem Kulturbrief ein kontaktloses Programm organisiert, das nicht nur digital funktioniert. Daneben fallen natürlich die Arbeiten an, die wir sonst auch haben: Anträge stellen, Öffentlichkeitsarbeit, Administration, Gebäudemanagement, Netzwerkarbeit etc.

Das heißt, es passiert gerade viel hinter den Kulissen?

Definitiv! Von Stillstand oder auch nur weniger Arbeit kann nicht die Rede sein. Wir wollen auch das Positive sehen und planen derzeit weitere Kulturangebote, die Corona-konform durchgeführt werden können.

Welche Wünsche haben Sie für das Kulturzentrum BiM in den nächsten Jahren?

Wir haben lange dafür gearbeitet, dass das Haus barrierefrei und energetisch saniert wird. Dass das nun seinen Weg geht, freut uns sehr.

Damit ergeben sich auch neue Nutzungsmöglichkeiten für uns. Das Wichtigste ist aber, dass das Haus auch in Zukunft Begegnungsort und Anlaufstelle im Stadtteil bleiben kann. Und bei den ganzen Ideen, die wir noch haben, wird es sicherlich nicht langweilig.

Martina Quast

Anliegen einer Anwohnerin:

Müllberge im Wohngebiet?

In der letzten Zeit hat sich das Volumen von Müll vervielfacht. Ich möchte gerne in einer sauberen Umgebung leben.

Die Entsorgung allen Mülls innerhalb der dazugehörigen Müllton-nen sollte selbstverständlich sein. Müll vor den Tonnen zieht Ratten an. Dazu sind dann vereinzelt die Aufkleber zu Rattengift sichtbar.

Die Entsorgung von Sperrmüll ist einfach mit der Abholung durch die Stadtreinigung, erreichbar per Tel: 040 2576 2576 oder per www.stadtreinigung.hamburg .

Die illegale Entsorgung von Sperrmüll führt zu erhöhten Kosten bei allen Mitbürgern. Oft lohnt es sich die Mitmenschen anzusprechen, die nicht über die ordnungs-gemäße Sperrmüllentsorgung informiert sind.

Wer - egal wo - im Stadtgebiet illegale Müllberge entdeckt, kann diese über die App der Stadtreinigung mitteilen. Das geht ganz einfach und ist ein kostenloser Service. Also nur Mut. Tun Sie etwas Gutes für sich und eine angenehme Wohnumgebung.

Dana Braunsdorf

Hier ein paar unschöne Beispiele:

Gleich auf der Starseite kann eine Müllecke gemeldet werden.

STADTREINIGUNG HAMBURG

BEITRITTSERKLÄRUNG

EINTRETEN.SPD.DE

FÜR ZUSAMMENHALT. GEGEN HETZE. JETZT IN DIE SPD

DAFÜR TRETE ICH EIN SPD

Ich beantrage die Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):
(* Pflichtfelder)

HERR FRAU

VORNAME*

NAME*

GEBURTSDATUM* Tag Monat Jahr

STAATSBÜRGERSCHAFT* DEUTSCH EU-BÜRGER/IN NICHT EU-BÜRGER/IN

STRAßE/HAUSNR.* Hauptwohnsitz

PLZ/ORT*

E-MAIL*

TELEFON/MOBIL*

BERUF

BESCHÄFTIGT BEI

Frühere Parteimitgliedschaft in der SPD von – bis / Gewerkschaft / andere Vereine

Ort, Datum und Unterschrift

Name und Anschrift der Werberin / des Werbers

BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNIS

- ANGESTELLTE/R
- HAUSFRAU/-MANN
- LANDWIRT/IN
- ARBEITER/IN
- BEAMTIN/BEAMTER
- BERUFSSOLDAT/IN
- SELBSTSTÄNDIGE/R
- AUZUBILDENDE/R
- LEITENDE/R ANGESTELLTE/R
- SCHÜLER/IN BZW. STUDENT/IN
- RENTNER/IN BZW. PENSIONÄR/IN
- ARBEITSSUCHEND
- ANDERES

BEITRAGSTABELLE
(GÜLTIG ZUM 01. JULI 2020)

Monats-Netto-einkommen	Monats-Beiträge
bis 1.000 €	6,00 €
bis 2.000 €	8,00/16,00/21,00 €
bis 3.000 €	26,00/32,00/37,00 €
bis 4.000 €	47,00/63,00/79,00 €
bis 6.000 €	105,00/158,00/263,00 €
ab 6.000 €	300,00 € und mehr

Jedes Mitglied stuft sich in der zutreffenden Einkommensgruppe selbst ein. Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen, ohne Renteneinkünfte oder ohne vergleichbare Einkommen beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Wer Lohn-/Einkommensteuern zahlt, kann bis zur Hälfte des Mitgliedsbeitrags und der Spenden über die Steuererklärung zurückbekommen. Denn bis zu einer Gesamthöhe von 1.650 € (3.300 € bei gemeinsam veranlagten Paaren) werden Beiträge und Spenden an politische Parteien zu 50 % direkt von der Einkommensteuer abgezogen. Bis zu weiteren 1.650 € bzw. 3.300 € können vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden (§§ 34 g und 10 b EStG).

SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT: Ich ermächtige die SPD, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der SPD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-Identifikationsnummer und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt.)

VORNAME/NAME*

MEIN KREDITINSTITUT* BIC* acht Stellen oder elf Stellen

MEINE IBAN* DE

BEITRAG PRO MONAT € ,

EINZUGSRHYTHMUS

VIERTELJÄHRLICH JÄHRLICH

HALBJÄHRLICH

Ort, Datum und Unterschrift Kontoinhaberin / Kontoinhaber

Sofern ich freiwillige Angaben gemacht habe, willigen ich ein, dass diese von der SPD im Rahmen der rechtmäßigen Tätigkeiten, der Datenschutzgesetze und der Datenschutzrichtlinie der SPD verarbeitet werden. Sofern sich aus den freiwilligen Angaben Hinweise auf personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 DS-GVO zu meiner Person ergeben (z.B. Gewerkschaftszugehörigkeit), bezieht sich die Einwilligung auch auf diese Daten. Meine Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Informationen im Sinne von Art. 13 DSGVO finde ich unter: www.spd.de/site/datenschutz.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Referat Beteiligungsprozesse
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

Sie wollen bei uns direkt Einfluss nehmen und mitsprechen, dann treten Sie ein. Eventuell erst mit einer Probe-Mitgliedschaft bevor Sie sich endgültig entscheiden.

Impressum:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Distrikt Meiendorf,
> Ausgabe Januar 2021 <
V.i.S.d.P. Jürgen Kanehl, Schloßstraße 12, 22041 Hamburg
Tel.: 040/ 689 445 11
Mail: meiendorf@spd-hamburg.de
https://www.spdmeiendorf.de

Wenn Sie unsere Arbeit in der SPD Meiendorf, auch für Zeitschriften wie diese, unterstützen wollen, dann freuen wir uns über Ihre Spende bei der Hamburger Volksbank e.G., Konto IBAN:

DE96 2019 0003 0052 7362 02

Natürlich erhalten Sie gern eine Spendenbescheinigung für die Erstattung von 50% der Spende über Ihre Steuererklärung.

Sprechen Sie uns dazu gern an.

Jetzt bestellen und genießen!
Tel: 677 66 62

Guten Appetit

Mittagstisch

Aktuell bieten wir in den Lockdown Zeiten einen leckeren Mittagstisch immer 6 (wöchentlich wechselnde) Gerichte zum Abholpreis von ab € 8,90 brutto an.
Bestellen Sie bequem telefonisch oder per E-Mail.
(Bestellungen müssen bis 17 Uhr am Vortag bei uns eingegangen sein.)

Gourmetlieferservice

Unser kulinarisches Angebot ist sehr vielseitig und reicht vom Fingerfood und anderen kleinen Leckereien über Buffets bis hin zu mehrgängigen Menüs. Gerne erfüllen wir Ihnen auch ausgefallene Wünsche.

Wir sind weiter für Euch da und beliefern euch mit unseren Leckereien.

Meyer`s
Partyservice

Brockdorffstraße 20
22149 Hamburg (Rahlstedt)

Telefon: 040 / 677 66 62

E-Mail: info@meyers-partyservice.com
Internet: www.meyers-partyservice.com

Alaskaweg 4 • 22145 Hamburg • Mo bis Sa 8:00 bis 20:00

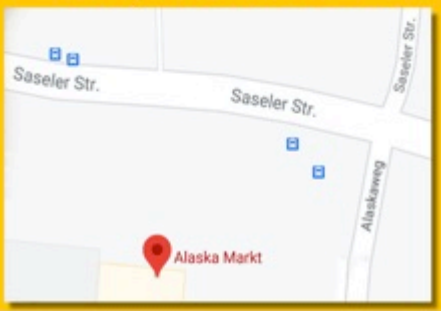
ALASKA MARKT

Täglich frisches Obst • Gemüse • Lebensmittel • Fisch • Fleisch

Tägliche Angebote

im Alaska Markt auf 480 qm Verkaufsfläche qualitativ hochwertige und frische Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen

Gratis Parkplätze und direkte Anbindung an die Bus-Linien 648, 275 und 617 an der Haltestelle Alaskaweg!



Rufen Sie uns gerne an! 040 675 84 185